

Die unheimlichen 18 Prozent

In Umfragen ist die Zustimmung zur AfD stark gestiegen. Wer würde die Partei wählen, und warum gerade jetzt? Antworten auf die wichtigsten Fragen

Von Max Ferstl und Tim Frehler

Stuttgart/München – Seit ein paar Tagen ist diese Zahl in der Welt: 18. Wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre, würden laut dem jüngsten ARD-Deutschlandtrend 18 Prozent der Deutschen die AfD wählen – genauso viele wie die SPD. Die AfD auf Augenhöhe mit der Kanzlerpartei? Bei den Parteien läuft die Suche nach den Ursachen. Oder genauer: nach einem Schuldigen. Unions-Chef Friedrich Merz zum Beispiel war sich schnell sicher: Für den Zustand der AfD seien „ganz überwiegend die Regierung und insbesondere die Grünen verantwortlich“. Deren Bundesvorsitzende Ricarda Lang wiederum empfahl, nicht „mit dem Finger auf andere zu zeigen“, was allerdings nicht für sie selbst zu gelten scheint: „Jeder trägt hier ein Stück Verantwortung“. Es gibt also noch Aufklärungsbedarf: Woher kommt der scheinbar unerwartete Höhenflug der AfD? Wie nachhaltig ist er? Und ist die Aufregung gerechtfertigt? Ein Überblick über die wichtigsten Fragen und Antworten.

Wie belastbar sind Wahlumfragen?

Grundsätzlich haben auch seriöse Umfragen wie der Deutschlandtrend gewisse Unsicherheiten. Demoskopien sprechen von der „Schwankungsbreite“. Das heißt: Die gemessene Zustimmung für eine Partei ist weniger als exakter Wert zu verstehen, sondern als Korridor. Im Deutschlandtrend beträgt die Schwankungsbreite zwei Prozentpunkte, das heißt, die Zustimmung für die AfD liegt eigentlich zwischen 16 und 20 Prozent. Dazu kommt die zeitliche Entwicklung: „Erhebungen sind ein bisschen zittrig“, sagt Thomas Gschwend, Wahlforscher an der Universität Mannheim. „Da kann es schon mal zwei Prozentpunkte hoch oder runtergehen – auch wenn die Zustimmung de facto identisch bleibt.“ Er plädiert generell für einen unangeregteren Umgang mit Umfragen.

Welche Schlüsse lassen sich aus den jüngsten Erhebungen ziehen?

Blickt man auf die vergangenen Monate, lässt sich festhalten, dass die AfD tatsächlich populärer geworden ist. „Diesen Trend zeigen nicht nur einzelne Umfragen, sondern alle seriösen Institute“, sagt der Politikwissenschaftler Kai Arzheimer. Bis vor einem Jahr sei die AfD lange Zeit bei elf oder zwölf Prozent herumgedümpelt. Seit dem Herbst steigen die Zustimmungswerte, 13 Prozent, 14 Prozent, mal 15. „In den vergangenen zwei Monaten hat die AfD dann noch mal zugelegt. Jetzt steht sie vermutlich besser da als je zuvor“, sagt Arzheimer. Das AfD-Hoch gibt es al-

so. Allerdings messen Umfragen politische Stimmungen, nicht Wählerstimmen – ein wichtiger Unterschied. Arzheimer zufolge ist es demnach überhaupt nicht sicher, dass sich diese Stimmung genau so in Wahlergebnisse umsetzt. Jüngstes Beispiel: Die Grünen glänzten in der vergangenen Legislaturperiode lange in den Umfragen, galten zwischendurch sogar als mögliche Kanzlerpartei. Doch am Wahltag reichte es gerade noch für 14,8 Prozent.

2018 kam die AfD schon einmal auf 18 Prozent. Wie nachhaltig sind die Werte dieses Mal?

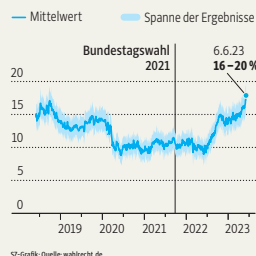
Dazu wagen die Wahlforscher aus Gründen der Seriosität keine Prognose. Dass die Partei nach dem ersten Höhenflug abgestürzt ist, muss jedenfalls nicht viel heißen. Das Personal, die politischen Rahmenbedingungen haben sich ebenso verändert wie die Ausrichtung der Partei. „Die AfD von heute ist nicht die AfD von 2018“, sagt Thomas Gschwend. Zu dem Schluss kommt auch ein aktuelles Gutachten des Deutschen Instituts für Menschenrechte: „Die Gefahr, die von der AfD für die freiheitliche demokratische Grundordnung“ ausgehe, sei mittlerweile erheblich, heißt es dort. Bezüglich der Umfragen zeigt ein Blick in die Vergangenheit Gschwend zufolge allerdings, dass zur Mitte einer Legislaturperiode Regierungsparteien tendenziell unpopulärer werden. Davon profitiere die Opposition. Doch dieser Trend kehre sich vor Wahlen häufig um.

Wer ist „schuld“ an der wachsenden Zustimmung zur AfD?

Woher die neuen AfD-Fans kommen, ist schwer zu messen. Schon deshalb, weil

Wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre...

Umfrageergebnisse der AfD von acht Instituten im Durchschnitt. Der hellblaue Bereich zeigt die Unschärfe der Umfragen. Angaben in Prozent.



SZ-Grafik, Quelle: wahlrecht.de

sich viele Menschen nicht zuverlässig daran erinnern könnten, welche Partei sie beim letzten Mal gewählt haben, sagt der Politikwissenschaftler Kai Arzheimer. Der These von Friedrich Merz, der zufolge die Grünen hauptverantwortlich für das Erstarren der AfD seien, kann er wenig abgewinnen. Die Grünen und die AfD lägen „maximal weit“ auseinander. „Sie haben ganz unterschiedliche Profile von Wählerinnen und Wählern. Die Vorstellung, dass jemand von den Grünen zur AfD wechselt, ist albern.“ Er halte andere Gründe für plausibler: dass sich die AfD als einzige Partei klar an der Seite Russlands positioniert. Dass die Regierung ein zertrümmertes Bild abgibt. Oder dass das Migrationsthema, seit jeher mit der AfD verknüpft, gerade wieder besonders aktuell ist.

Welche Rolle spielen CDU und CSU?

Friedrich Merz hat einmal gesagt, als Vorsitzender der CDU könne er die AfD halbieren. Bislang hat es nicht geklappt. Und es ist fraglich, dass er es noch schaffen kann. „Es gibt einen großen Teil der AfD-Wählerschaft, den die Union nicht erreichen kann“, sagt Anna-Sophie Heinze, Politikwissenschaftlerin an der Universität Trier. Auch nicht, wenn es die Union mit verschärfter Rhetorik versucht. Im Gegenteil. In einer Rundmail sprach Merz am vergangenen Wochenende vom „Justemilieu der Regierungsparteien“, bei dem „die ganz normalen Bürgerinnen und Bürger“ kein Gehör mehr fänden. Der Politikwissenschaftler und Populismus-Experte Marcel Lewandowsky sieht in solchen Äußerungen eine Kulturkampfrhetorik, wie man

sie etwa von den Republikanern aus Florida kenne: „Studien zeigen aber, dass man damit eher zur Etablierung und zur Wählbarkeit der Rechtsradikalen beiträgt.“

Hilft der Streit innerhalb der Regierung der AfD?

SPD, Grüne und FDP streiten gerade vor allem um das Heizungsgesetz. Futter für die AfD? „Es macht ihre Rhetorik auf jeden Fall einfacher“, sagt Anna-Sophie Heinze. Es schimpft sich leichter auf die politische Elite, wenn sich die Regierung in den Haaren liegt. Zwei Drittel der AfD-Sympathisanten gaben im Deutschlandtrend an, ihre Stimme aus Enttäuschung über die anderen Parteien der AfD geben zu wollen. Die Vorstellung, dass die Umfragewerte der Populisten schrumpften, wenn eine Regierung gute Politik mache, sei aber „sehr romantisch“, sagt Heinze. „Egal, was man vom Heizungsgesetz hält, wie es zu stande kam und wie es erklärt wird, das ist nur ein Teilaspekt.“

Wer wählt die AfD?

Typisch für Wähler der AfD sind maßgeblich zwei Eigenschaften: „Man sieht auf der einen Seite ein teils geschlossen rechtes Profil“, sagt Marcel Lewandowsky. Dabei gehe es vor allem darum, Migration abzulehnen. Dass solche Ressentiments noch verbreitet sind, zeigt etwa die Leipziger Autoritarismus-Studie 2022. Demnach teilten 17 Prozent der Befragten ausländerfeindliche Ansichten, in Ostdeutschland sogar 33 Prozent. Die zweite Eigenschaft vieler AfD-Anhänger sei ihre populistische Einstellung: Die ist geprägt von

der Unterscheidung zwischen den „kleinen Leuten“ auf der einen Seite und „den Eliten“ auf der anderen. Nicht jeder AfD-Wähler habe dieses Profil, sagt Lewandowsky. Es sei aber im Durchschnitt unter den Anhängern stark ausgeprägt. Außerdem gelten die Wähler der AfD als wenig aufgeschlossen für andere Parteien. Lewandowsky vergleicht das mit einer Zwiebel: „Die Wählerschaft jeder Partei hat Schichten. Je weiter man zum inneren Kern vordringt, desto stärker die Bindung der Wähler an die Partei.“ Diese Gruppe der absolut Überzeugten, sei bei der AfD besonders groß, verglichen mit anderen Parteien.

2024 sind Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Welche Folgen könnte ein starkes AfD-Ergebnis dort haben?

In Umfragen schneidet die AfD im Osten derzeit besonders gut ab, könnte in einzelnen Ländern, etwa Thüringen, sogar stärkste Kraft werden. „Die AfD ist gerade dort stark, wo sie am radikalsten auftritt“, sagt Anna-Sophie Heinze. „Die Partei hat es geschafft, trotz eines Kurses der Radikalisierung mehr Menschen zu mobilisieren.“ Wer dort noch Mitglied sei, wisse genau warum. Starke Wahlergebnisse der AfD könnten den anderen Parteien besondere Akrobatik bei der Regierungsbildung abverlangen: „Vor allem die CDU muss sich fragen, inwiefern sie den Unvereinbarkeitsbeschluss mit der Linken aufrechterhalten kann“, sagt Heinze. Außerdem stelle sich die Frage, wie klug es ist, im Vorfeld gegen die Grünen zu wettren, die man hinterher für eine Koalition brauchen könnte.



2018 lag die AfD in Umfragen schon mal bei 18 Prozent, da war Tino Chrupalla noch nicht ihr Chef.

FOTO: S. KAHNERI/DPA